

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Abonnentenpreis und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Leserpreis: ein Blatt monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Geschäftsstelle: Unter den Eichen 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 1869 / Erscheinungstermin: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 19 Uhr literarische Sprechstunde / Anzeigenpreis: die erstmalig geplante Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamenseite einschließlich an den dreißigstägigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Einzelgen.-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Unter den Eichen 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigenpreise steht der Druck auf Verlangen der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Anzeigenpreises

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 29. Januar 1930

Nummer 24

„Linke“ Achtgrofschenjungen der Bourgeoisie

Die Dresdner Volkszeitung leistet Vorarbeit für das Verbot der KPD / Brandleristen wollen dabei nicht fehlen

„Ausbarren in der Gelechtschheit“

„Es ist das Schicksal der kämpfenden Arbeiterklasse, auf Schritt und Tritt von den Verleumdungen ihrer Feinde umgeben zu werden, und zwar um so heftiger, je höher sie sich durch die Reinheit ihrer Mittel und Ziele über sie erhebt.“

Franz Mehring.

H. K. Dresden, den 29. Januar 1930.

Die herrschende Klasse spürt immer deutlicher, daß sie auf einem abwärts führenden Vulkan liegt; sie selbst verzweifelt die gegenwärtige Situation in Deutschland mit einem „neuen 1929“ und der deutschen Rezessionsperiode, also mit einer Situation, deren Entwicklung die Frage des direkten Machtkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie unmittelbar auf die Tagesordnung stellt.

Die deutsche Bourgeoisie stellt sich und deutlich das Herannahen des Entschlusses an, um die Frage: Entweder Diktatur der Bourgeoisie und Untergang in die Barbarei für die wertvollen Massen, oder Diktatur des Proletariats und Aufstieg zum Sozialismus? Die Situation ist heute bereits so, daß alle Kämpfe der Arbeiterklasse in den Betrieben gegen die Nationalisierung, für höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit revolutionäre Kämpfe sind, daß Demonstrationen und Massenaufrufe in der Situation des Hungerkampfes bereits revolutionäre Demonstrationen sind. Die Bourgeoisie und ihre sozial- und nationalsozialistischen Rechte fürchten darum heute nicht so sehr als Kämpfe der Arbeiterklasse um höhere Löhne, um den Streikentzug, gegen Nationalisierung, Steuerraub und Zollminderungen. Nichts fürchten sie so sehr als jene Kraft, die heute ihre Hauptaufgabe in der Organisation und Führung solcher Kämpfe erblickt: die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist heute unter Führung der kommunistischen Partei eine Macht, vor der alle Feinde des Proletariats, alle am Bestand der kapitalistischen Ausbeuterordnung Interessierten und Beteiligten erschauern. Gegen sie werden deshalb alle Maßnahmen des kapitalistischen Staates, alle Mittel der Lüge und der Verleumdung mobilisiert. Der Kampf der wertvollen Massen unter Führung der kommunistischen Partei gegen die Räuberpolitik zur Durchführung des Youngplans soll verhindert, die Arbeiterklasse lähert, so und damit kampfunfähig gemacht werden. Deshalb blühende Verleumdungen auf streikende und demonstrierende Arbeiter, deshalb Demonstrationenverbot und Zeitungsbeschlagnahme, deshalb Republikflucht, deshalb Organisation des Verbotes der kommunistischen Partei. Auf der Grundlage der Durchführung des Youngplans und des weißen Terrors haben sich alle Parteien, von den Nazis bis zu den „linken“ Sozialisten zu einer „heiligen Allianz“ gegen das revolutionäre Proletariat zusammengeschlossen. Genau zur selben Zeit wie der Nationalsozialist Stöber den Sozialdemokraten im Reichstag das offene Bündnisangebot macht, schreibt der „linke“ Schwärmer Böckel seinen bösen Schwindel über die KPD, um zu demonstrieren, daß die „linken“ wütende Partner der Hitlerstrolche sind. Täglich ist die gesamte kapitalistische und sozialfaschistische Presse mit Schandlügen und Gerücheln gegen die kommunistische Partei gefüllt. Eine blutdürstiger und verlogener zugleich als die andere. Dabei beschäftigt sich das hundertprozentig, was wir immer gesagt haben: die „linken“ Sozialisten sind die gemeinsamen, niederträchtigsten und gefährlichsten Feinde des Proletariats in seinen eigenen Reihen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, die „linken“ SPD-Wütler in Sachsen geben den Ton an bei der Nord- und Südtheke gegen die kommunistische Partei. Ein grandioses Beispiel dafür ist die gestrige Nummer der „Dresdner Volkszeitung“, in der Böckel über zwei Spalten lang sich beim Verleumben der kommunistischen Partei geradezu überbietet. Er erzählt, daß die kommunistische Partei sich auf „Verbot und Illegalität“ hinsetze, daß sie zu diesem Zweck „ihre eigenen Anhänger belüge“ und „kleine Gruppen erwerbsloser Arbeiter vor die Pistolenläufe der Polizei“ treibe. Es handelt sich also bei dem Produkt des Herrn Böckel um eine eckte und tolle Achtgrofschenjungenarbeit, die ihren Höhepunkt in folgendem Satze findet:

„Die kommunistische Partei will durch ihr Verbot und die daraus folgenden, von ihr provozierten Entladungen die Situation systematisch verschärfen, mit den partiellen Ausnahmemaßnahmen herausbeschreiben, sie wartet auf den Artikel 48 der Reichsverfassung, der die ganze geistliche Gewalt von der stillen Behörde in die Hände der Generäle legt und hofft dann im weiteren Verlauf der Dinge, wie das in der Geschichte so oft geschah, daß die gegenrevo-

Die Bourgeoisie tobt vor Wut

Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist „Landfriedensbruch“

Dresden, 29. Januar.

Die bürgerliche Presse, und allen voran die Dresdner und Leipziger Zeitungen, nimmt zu dem Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Sachsen in alarmierendsten Tönen Stellung. So schreiben die Leipziger Reaktionen Nachrichten unter der zweifelhafte Überschrift: „Die Kommunisten organisieren den Landfriedensbruch“ wörtlich:

„Von den Rednern wurde das kommunistische Endziel klar und eindeutig umrissen: Planmäßige Organisation von Wirtschaftskämpfen, Erzeugung von politischen und revolutionären Bewegungen und Herbeiführung von Massenstreiks zur Eroberung der politischen Macht durch Errichtung der Diktatur des Proletariats.“

Der Kongreß nahm ein Kampfprogramm an, das strategische und taktische Richtlinien festlegt. Im Mittelpunkt der Aufgaben, die die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in Sachsen in den nächsten Wochen zu erfüllen hat, steht der Kongreß der Organisation und Durchführung der Kämpfe der sächsischen Arbeiter für den Streikentzug bei vollem Lohnausgleich, für Erhöhung der Löhne, für gleiche Löhne für männliche, weibliche und jugendliche Arbeiter bei gleicher Leistung und für die Forderungen der Gewerkschaften. Zur Erreichung dieser Ziele sollen nach den Beschlüssen des Landeskongresses die Kräfte der revolutionären Opposition fester und streifer als bisher zusammengelagert werden. Das Hauptaugenmerk sei auf die Organisation innerhalb der Betriebe zu legen. In allen Betrieben solle die revolutionäre Opposition

ein umfassendes System revolutionärer Vertrauensmänner

schaffen, alle Kräfte für die Wahl revolutionärer Betriebsräte einsetzen und die Einbeziehung der Arbeiterklasse durch die Bildung revolutionärer einheitslicher Kampfleitungen sichern. In enger Verbindung mit den Vertrauensmännern in den Betrieben sollen die Gewerkschaften im kommunistischen Sinne bearbeitet werden.“

Die „linken“ SPD-Reaktionen waren also schlechte Propaganda, als sie vor dem Kongreß die Bourgeoisie zu tören versuchten, weil „in kurzer Zeit doch niemand mehr über den Kongreß sprechen würde“. Die Bourgeoisie zeigt aber durch ihre Stellungnahme in allen Zeitungen, daß sie die genaue Bedeutung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und ihrer Kampfprogramme für den Betriebskampf der Arbeiterklasse erkennt. Die Arbeiter können nun aus den Worten der Bourgeoisie ihren Klassenfeinde erkennen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf dem richtigen Wege ist. Jetzt gilt es, in geschlossener Front in allen Betrieben die Beschlüsse des Landeskongresses in die Tat umzusetzen und den revolutionären Angriff gegen den Hungerkampf des Traktatkapitals und seiner sozialfaschistischen Verbündeten durchzuführen. Das heißt: die Geschäfte der Klassenfeinde des Proletariats gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind die bestmögliche Propaganda unseres revolutionären Vorkampfes.

Ihr Gefäß beneidet nur, daß wir reiten!

Die Fratze der „Demokratie“

24 Arbeiter in Leipzig verurteilt

Unerhörtes Klassenurteil im Rot-Front-Prozess

Leipzig, den 28. Januar 1930.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute in dem Massenprozess gegen 27 revolutionäre Arbeiter das Urteil gefällt. Die Anklage war erfolgt auf Grund von Vorwürfen, die sich bei der gewalttätigen Auflösung einer Protestdemonstration gegen das KPD-Verbot am 27. Oktober 1929 auf dem Hindenburg Markt abgepielt hätten. Der Genosse Fied erhielt wegen „schweren Aufwands“ 7 Monate Gefängnis, Genosse Großer 6 Monate Gefängnis, 22 Genossen 3 Wochen Gefängnis, drei Genossen wurden freigesprochen.

Die Anklageerzählung des Staatsanwalts klappte geradezu von konträren Beweisen, denn die Zeugenausagen hatten ergeben, daß man keinem der Angeklagten die zur Last gelegten Vergehen nachweisen konnte. Der ganze Zeugenapparat war stück zusammengebrochen, und so mußte sich dieser Herr Fiedler darauf beschränken, einige formal-juristische Gründe ins Feld zu führen, um, lehnd auf diesen Scheingründen, eine Verurteilung zu erlangen.

Mobilisiert die Massen gegen das Republikfluchtverbot!

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags hat in seiner gestrigen Sitzung gemäß dem Antrag seines Vorsitzenden, des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kauf, den Beschluß gefaßt, die zweite Ausschussberatung über das Republikfluchtverbot bereits kommenden Dienstag, am 4. Februar, vorzunehmen.

sondere Entwicklung, ist sie erst angefertigt, ihren eigenen Gesetzen folgen und der gegen die KPD in Bewegung gesetzte Machtapparat schließlich gegen die ganze Arbeiterklasse zu spielen beginnen wird.“

Soviel Worte, soviel bewußte Lügen. Natürlich weiß Herr Böckel, daß wir Kommunisten gar nicht daran denken, das von den Parteigenossen Böckels bereits ganz offen angeforderte Verbot unserer Partei widerstandslos hinzunehmen. Im Gegenteil. Wir werden alle Kraft daransetzen und die gesamte Arbeiterklasse mobilisieren, um den weißen Terror des sozialfaschistischen Staatsapparates zu brechen, so wie wir das bereits in der Vergangenheit schon des öfteren tun mußten und getan haben. Herr Böckel weiß das. Aber er fügt bewußt die Tatsachen in ihr Gegenteil um,

um die Durchführung der Pläne der Gewerkschaftsopposition und Böckels ideologisch vorzubereiten.

Herr Böckel weiß, daß es gerade seine Partei, genossen Gewerkschaft und Gewerkschaft sind, die mit der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung bedroht haben. Es ist allen Arbeitern bekannt, daß die kommunistische Partei gegen diese Diktaturmaßnahmen den schärfsten Kampf führt. Aber Herr Böckel schwärmt: „Die kommunistische Partei wartet auf den Artikel 48 der Reichsverfassung.“ Der Zweck dieses Schwindels ist klar: es soll den wertvollen Massen verschleiert werden, daß die sozialfaschistischen Staatsfunktionäre bereits jetzt die Praxis des Artikels 48 gegen die revolutionäre Arbeiterklasse anwenden.

Die „linken“ Sozialfaschisten mühen nicht die gestrichelten und